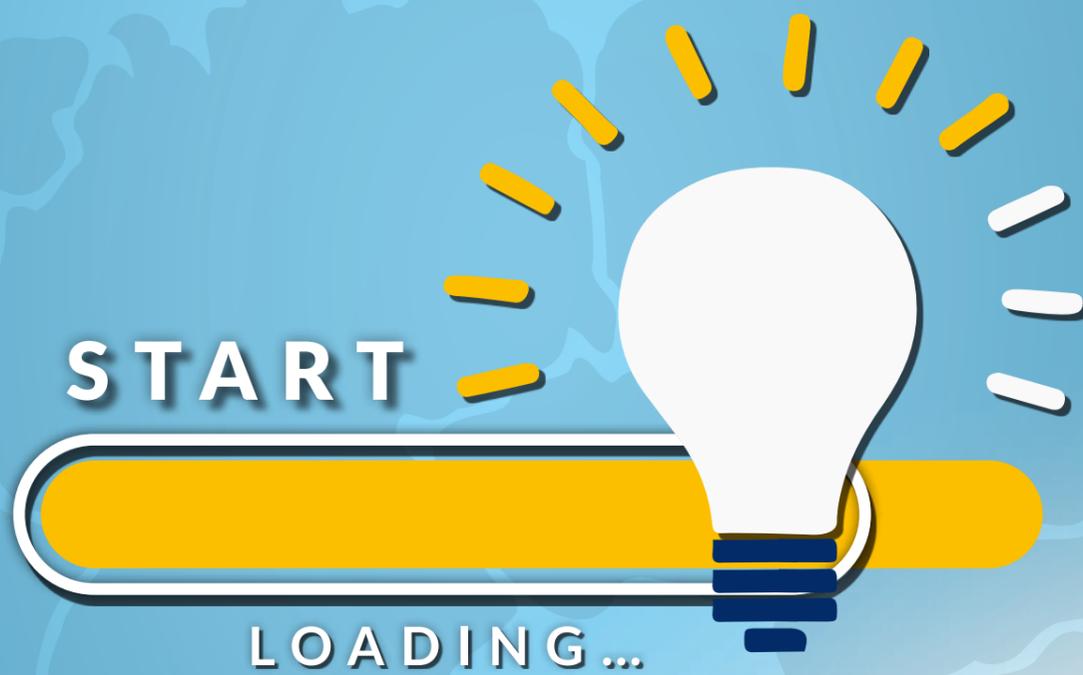


## Die Strategie für eine starke Industrie

Wie Österreich das Vor-Krisen-Niveau rasch erreichen und über sich hinauswachsen kann.



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



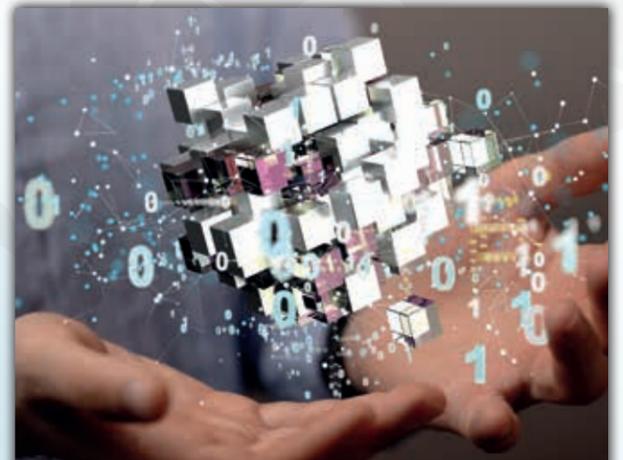
**AUSBlick**  
Österreichs Fahrzeugindustrie muss in Bewegung bleiben

Seite 4



**DIGITALISIERUNG**  
Eine Jahrhundertchance für den Standort

Seite 5



**STEIERMARK**  
Breitbandbedarf steigt massiv!

Seite 10

# Die Welt dreht sich auch ohne Europa

Gut gemachter Freihandel ist der Rahmen für die international vernetzte Wirtschaft. Gerade für Österreich und die EU bieten sich hier Chancen, die nicht verpasst werden dürfen. Statt Neo-Biedermeier wäre in Sachen Welthandel Weltoffenheit gefragt.

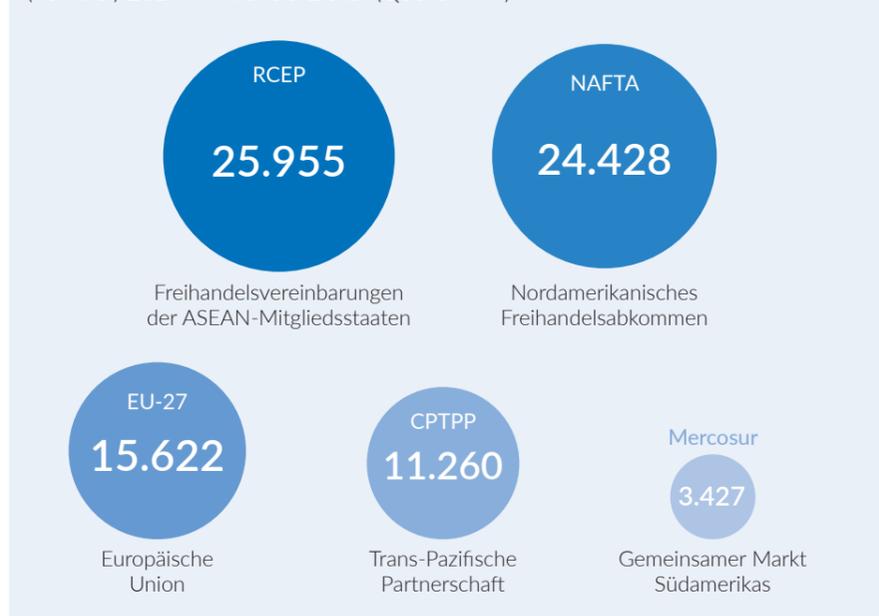
Mythen statt Fakten – kaum ein Wirtschaftsthema polarisiert so stark wie die Diskussion über internationalen Handel. Dabei veranschaulicht der aktuelle OECD-Bericht „Using trade to fight COVID-19“, warum die weltweite Arbeitsteilung unseren Alltag verbessert. Ohne internationale Wertschöpfungsketten und eine global vernetzte Wirtschaft gäbe es keine Corona-Vakzine. Ob Phiole aus Italien, Gefrierschränke aus China, Spritzen aus den USA oder Konservierungsstoffe aus Deutschland – dass Menschen bereits 10 Monate nach Ausbruch der Pandemie geimpft werden konnten, verdanken wir der internationalen Zusammenarbeit.

## Exportland Österreich braucht Handelsabkommen

Ein Blick auf die Wachstumszahlen macht deutlich, warum hohe Lebensqualität und Arbeitsplätze in Europa und Österreich mehr am Zusammenwachsen der Welt als an Anti-Freihandels-Demos hängen.

Mit einer Exportquote von 53 Prozent ist Österreich ein Exportland. Heimische Unternehmen und ihre Beschäftigten erwirtschaften mit ihren Erfolgen auf internationalen Märkten mehr als die Hälfte unseres Wohlstandes. Direkt oder indirekt zunehmend dort, wo Wachstum, Investitionen und Handel stattfinden – außerhalb Europas.

## Die größten Freihandelszonen weltweit nach Bruttoinlandsprodukt (nominal) 2019 in Mrd. US-Dollar (Quelle: IWF)



Europa und Österreich brauchen eine aktive europäische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft und faire Handels- und Investitionsregeln durchsetzt.

Völlig zu Recht werden Exporte in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen. Rund 660.000 Arbeitsplätze hängen alleine in Österreich an Ausfuhren in Länder außerhalb der EU. Im Widerspruch dazu steht die Hexenjagd, die regelmäßig auf Freihandelsabkommen veranstaltet wird. Denn gut gemachte, moderne

Handelsverträge sind notwendige Türöffner für Exporte, schaffen faire Wettbewerbsbedingungen und damit unseren Wohlstand. Beispiel CETA: Trotz Corona war der bilaterale Handel zwischen EU und Kanada im Jahr 2020 um 15 Prozent höher als 2016, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist.

## Dynamische Regionen warten nicht auf Europa

Statt Neo-Biedermeier ist Weltoffenheit gefragt – gerade, was den internationalen Handel betrifft.

Dynamische Regionen, wie der Asien-Pazifik-Raum, warten nicht. Das RCEP-Abkommen mit China, Australien und weiteren 13 Staaten vereint 2,2 Mrd. Menschen und 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Mit einem BIP von 25 Bio. Dollar liegt auch die nordamerikanische NAFTA-Region deutlich vor der EU.

Europa und Österreich brauchen eine aktive europäische Handelspolitik, die weltweiten Marktzugang schafft und faire Handels- und Investitionsregeln durchsetzt. Gleichzeitig muss die EU eine Lösung finden, wie sie mit den beiden größten Volkswirtschaften USA und China, die füreinander Partner und große Konkurrenten sind, umgeht. Wirtschaftliche Interessen, (geo)politische Ziele oder Anliegen der Bürgergesellschaft (Stichwort Menschenrechte oder Umweltschutz) müssen hier klug abgewogen werden. Die Welt ist jedenfalls deutlich komplexer als in einem Social Media-Posting vermittelbar. Eines zeigt die Geschichte jedenfalls: Wirtschaftliche Beziehungen und der Dialog sind wirksame Instrumente, wenn es darum geht, Wohlstand und Demokratie zu stärken sowie entscheidende gesellschaftliche Anliegen voranzutreiben.

## GASTKOMMENTAR

# Sechs Lehren aus der Krise

Die Corona-Pandemie, die sich nun hoffentlich ihrem Ende zuneigt, hat wie in einem Brennglas gezeigt, was Österreich braucht und was es ganz sicher nicht braucht. Dafür je drei Beispiele.

Was Österreich vor allem nicht braucht, sind parteipolitische Spielchen und tägliche Skandalisierungen. Die Bewältigung der Pandemie hat so lange gut funktioniert, so lange es einen Schulterschluss aller Parteien gab und die Warnungen vor dem tödlichen Virus nicht als Angstmacher verunglimpft wurden. Seit politisches Kleingeld gemünzt wird, ist Sand ins Getriebe der

**„Der Föderalismus ist nicht dazu da, damit sich einer auf den anderen ausredet und am Ende keiner verantwortlich ist.“**

Krisenbewältigung gekommen. Dass seit Monaten mit allen Mitteln versucht wird, die Regierung zu destabilisieren oder gar zu stürzen, zeugt von einem erstaunlichen Mangel an Staatsbewusstsein. Hätte man auf einem in Seenot geratenen Schiff auch

nichts anderes zu tun, als die Besatzung auf der Brücke mit Anzeigen und Vorwürfen von der Arbeit abzulenken?

Was Österreich zweitens nicht braucht, sind Verstaatlichungsfantasien. Reflexartig nach einer Staatsbeteiligung zu rufen, sobald es einem Betrieb schlecht geht, zeugt von bemerkenswerter Geschichtvergessenheit. Man hätte gedacht, die Fähigkeiten des Staates als Unternehmer und Wirtschaftslenker seien durch die traurige Geschichte der verstaatlichten Industrie in Österreich und durch weltweite abschreckende Beispiele von der Sowjetunion bis Kuba, von Venezuela bis Nordkorea hinreichend dargelegt.

Was Österreich drittens nicht braucht, ist Lokalpopulismus. Der Föderalismus ist nicht dazu da, damit sich einer auf den anderen ausredet und am Ende keiner verantwortlich ist, sondern dazu, dass die Gebietskörperschaften sinnvoll zusammenarbeiten. Das funktioniert aber nur dann, wenn alle Beteiligten bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Und sich nicht vordrängen, wenn es gute Nachrichten zu verkünden gibt, und völlig von der Bildfläche verschwinden, wenn es gerade nicht so gut läuft.

Das führt nahtlos zu den Reformen, die Österreich nach Corona jetzt braucht:

Erstens ist das ein krisenfester Staat. Der Bundesstaat in seiner gegenwärtigen Form, wo jeder jedem dreinreden kann, mag in normalen Zeiten funktionieren. Dann ist ja genügend Zeit, um die Dinge auszuordnen. In Krisen wie der jetzigen ist das nicht so. Wertvolle Zeit wurde mit Sitzungen, Abstimmungen und Bund-Länder-Runden vertan. Das muss angesichts tödlicher Gefahren schneller gehen. Daher muss ein System klarer Zuständigkeiten geschaffen und wieder ein zentraler staatlicher Krisenstab eingerichtet werden, wie er bis vor einigen Jahren im Bundeskanzleramt existierte, dann aber aus unerfindlichen Gründen abgeschafft wurde.

Zweitens braucht Österreich eine ernsthafte Krisenvorsorge. Obwohl Experten seit Jahren vor Großkrisen wie Pandemien und Blackouts warnen, wurde das Bundesheer, das in solchen Krisen als einzige Organisation ausreichende Mannstärken aufbieten kann, systematisch ausgehungert. Die wenigen getätigten Vorsorge-Handlungen wie der Ankauf von Atemschutzmasken wurden skandalisiert. Und Debatten über Gesundheitsstrukturen wurden jahrzehntelang nur unter dem Gesichtspunkt des Sparens geführt. Nun zeigt sich, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist und wie wichtig es ist, für Krisen vorzusorgen.

Was unser Land drittens braucht – und eng mit der Krisenvorsorge zusammenhängt –, ist eine verantwortungsvolle Budgetpolitik. Nach den Corona-bedingten Milliardendefiziten muss möglichst rasch wieder zu einem Kurs des ausgeglichenen Haushalts zurückgekehrt werden. Denn man darf nicht vergessen: Nur durch diesen in den vergangenen Jahren verfolgten Kurs der (relativen) Sparsamkeit hat Österreich jetzt in der Corona-Krise den finanziellen Spielraum, um wirtschaftlich gegenzusteuern.



Alexander Purger ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten“.

# In die Zukunft wachsen

Investitionsgetriebenes und nachhaltiges Wachstum ist die Lösung für unsere Probleme nach Corona.

Die Corona-Krise nutzen manche als Gelegenheit, ideologische Ladenhüter aus der Versenkung hervorzuholen: Es gehe darum, eine „neue“, „gerechte“, „gmeinwohlorientierte“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen und vor allem den Abschied vom globalen „Wachstumsdenken“ zu besiegeln. Das ist umso verwunderlicher, denn gerade jetzt geht es um Wachstum, das die Folgen und Verwerfungen der Pandemie für unser Gemeinwesen mildert und uns die Gestaltungsspielräume der Zukunft öffnet.

Dafür spielt Österreichs international vernetzter Produktionssektor gemeinsam mit den Partnern in Finanzwirtschaft und Dienstleistungen eine Schlüsselrolle. Hier werden nicht nur hochattraktive Arbeitsplätze geschaffen, sondern hier werden gemeinsam auch die technologischen Lösungen für Zukunftsfragen in Digitalisierung und Ökologie erarbeitet. Umso wichtiger ist nun, dies bei allen Recovery-Projekten entsprechend zu würdigen und zu berücksichtigen.

Dies adressiert auch die von der IV erarbeitete Standortstrategie, deren Inhalte der Schwerpunkt dieser Ausgabe der iv-positionen (siehe

Seite 6) sind: Wir müssen technologieintensive Produktion von forschenden Unternehmen sichern, smarte Produktionstechnologien für die „Produktion der Zukunft“ ausbauen und Ressourceneffizienz durch F&E vorantreiben. Österreich braucht einen „Digitalisierungspush“ und die gezielte Unterstützung digitaler Frontrunner, damit wir die Überführung robuster industrieller Systeme in die betriebliche Praxis und neue Geschäftsmodelle erfolgreich forcieren können.

Smarte Technologieentwicklung ist auch zur Beschleunigung der „grünen“ Transformation und Forcierung der Kreislaufwirtschaft zu nutzen. Mit unserer neuen Strategie haben wir einen innovativen Maßnahmenplan entwickelt, damit der Standort Österreich mittelfristig nicht nur kräftig wachsen, sondern auch über sich hinauswachsen kann. Denn genau darum geht es jetzt. Wir müssen besser als vor der Krise werden, um Wertschöpfung, Arbeit und Zukunft für Österreich sichern zu können.

Dazu braucht es ein kluges Sowohl-als-auch, Sachpolitik statt Ideologie – gerade wenn wir an die Herausforderung Klima & Umwelt denken. Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können



„Bei der Transformation des Mobilitätssystems ist eine Gesamtbetrachtung des Energie- und Rohstoffeinsatzes sowie der Emissionen erforderlich.“

Wolfgang Rapberger  
Geschäftsführer  
BRP-Rotax GmbH & Co KG

und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Das gilt auch für die Fahrzeugindustrie, die wir mit einer eigenen Task Force stärken (siehe Seite 4). Unsere österreichische Mobilwirtschaft ist kein Bremser, sondern durch ihre Innovationskraft Treiber für Umwelt- und Klimaschutz – wenn man sie politisch nicht ausbremst. Verbote für Antriebstechnologien sind der falsche Weg. Wer offen für die Zukunft sein will, muss immer auch offen für Technologien sein und Digitalisierung als Chance verstehen (siehe Seite 5). In diesem Sinn brauchen wir mehr denn je eine starke sachliche (!) Partnerschaft mit und durch die Politik, damit wir gemeinsam in die Zukunft wachsen können – zum Nutzen aller.

Ihr

Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär

„Das größte Hemmnis beim Infrastrukturausbau sind viel zu lange Behördenverfahren. Die Verzögerungen beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, weil in anderen Ländern oftmals in wesentlich kürzeren Zeiträumen modernste Infrastruktur errichtet wird.“

Horst Felbermayr  
Geschäftsführer  
Felbermayr Holding GmbH

„Am wichtigsten ist es jetzt, schnell und entschlossen zu handeln. Wir können es uns nicht leisten, auf andere zu warten.“

Hubert Rhomberg  
Geschäftsführer  
Rhomberg Holding GmbH

# IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 11. Mai war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## AKTUELLES IN KÜRZE

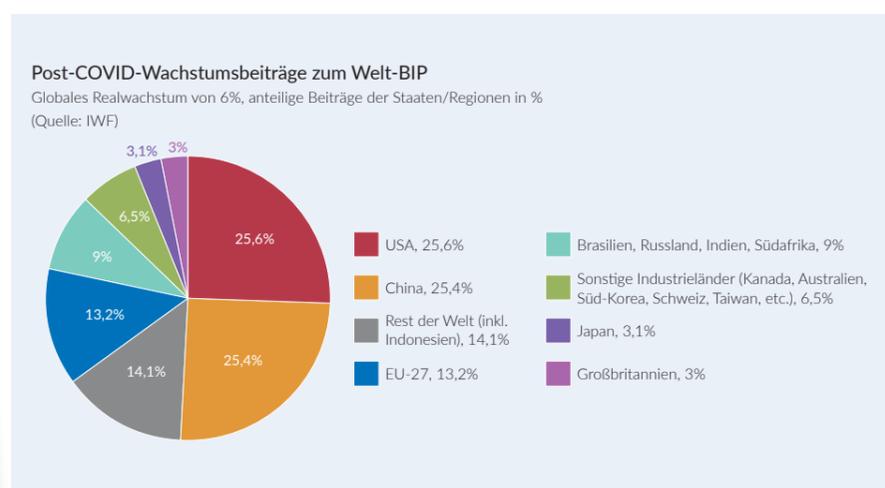
### POSTING DES MONATS



### GRAFIK DES MONATS

Europa droht immer mehr ins Hintertreffen zu geraten: Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt, die USA und China, befinden sich schon seit Monaten im Aufschwung. Und zwar in einem Aufschwung, der global zu den stärksten der Neuzeit überhaupt zählt. Mit Wachstumsraten von 6,5 bis 8,5 Prozent ziehen diese Volkswirtschaften dem

Rest der Welt davon. Allein diese beiden Länder stehen für die Hälfte des globalen Wertschöpfungszuwachses im Jahr 2021. Im selben Zeitraum wird die Europäische Union bestenfalls gerade einmal etwas mehr als die halbe Aufschwungsdynamik schaffen. Damit tragen die EU-27 nur noch 13 Prozent zum globalen Wachstum bei.



### ZAHL DES MONATS

3

Österreich hat im Vorjahr Italien überholt und nun die dritthöchsten Abgaben auf Arbeitseinkommen unter den 37 OECD-Staaten. Bei einem Durchschnittsverdiener ohne Kinder machen Lohnsteuer und Sozialabgaben 47,3 Prozent der Lohnkosten aus. Mehr sind es nur in Belgien und Deutschland, wie eine aktuelle OECD-Studie zeigt. Auf diesen Stockerplatz sollte Österreich verzichten. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen ist auf einem Allzeithoch. Damit der Lohnkeil in Österreich nicht noch weiter anwächst, muss nun eine Senkung der Abgaben auf Arbeit und der Lohnnebenkosten stattfinden.



# Österreichs Fahrzeugindustrie muss in Bewegung bleiben

Mit einer Task Force stärkt die IV der heimischen Fahrzeugindustrie den Rücken. Sie braucht für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Erreichung der Klimaziele attraktive Rahmenbedingungen statt Einschränkungen und Belastungen.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Jeder zwölfte Euro, der österreichweit erwirtschaftet wird, lässt sich auf die heimische Fahrzeugindustrie zurückführen. Direkt und indirekt erwirtschaftet sie mehr als 29 Mrd. Euro der österreichischen Bruttowertschöpfung. Die Exportquote der Mobilitätsindustrie beträgt mehr als 86 Prozent. Ihr Anteil an den gesamten unternehmensinternen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich beläuft sich auf 10,3 Prozent. Vor allem: Die Fahrzeugindustrie sorgt für 355.000 Arbeitsplätze im Land – und beschäftigt einen großen Anteil höher- und hochqualifizierter Erwerbstätiger bei überdurchschnittlicher Bezahlung.

## Mobilitätsindustrie ist Treiber für Umwelt- und Klimaschutz

„Genauso wie die gesamte österreichische Industrie bekennt sich die österreichische Fahrzeugindustrie voll und ganz zu den Klimaschutzzielen und zum Ziel der Klimaneutralität. Die Mobilitätswirtschaft ist mit Sicherheit kein Bremser, sondern durch ihre Innovationskraft Treiber für Umwelt- und Klimaschutz“, so IV-Präsident Georg Knill. Trotzdem schlägt ihr von Teilen der Politik Ablehnung entgegen. Verbote für Verbrennungsmotoren oder die Priorisierung einzelner Antriebstechnologien sind politische Forderungen, die über die Köpfe der innovativen Unternehmen und ihrer Beschäftigten hinweg, abseits einer umfassenden wissenschaftlichen Prüfung, erhoben werden.

## Task Force zeigt Weg in die Zukunft

Vor diesem Hintergrund hat die IV eine Task Force eingerichtet. „Hier haben sich unsere IV-Landesgruppen und betroffene



Unternehmen – vor allem aus den ‚Auto-Bundesländern‘ Steiermark und Oberösterreich – intensiv damit auseinandergesetzt, wie die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fahrzeugindustrie am Standort Österreich aussehen müssen und welche Wege in die Zukunft jetzt notwendig sind“, ergänzt IV-Vize-Präsident und Miba-CEO F. Peter Mitterbauer. „Wann und ob sich in Richtung Klimafreundlichkeit eine Antriebstechnologie durchsetzen wird, ist aus

heutiger Sicht noch offen. Untersuchungen zeigen: Österreich verliert Bruttowertschöpfung bei einer überhasteten und nicht technologieoffenen Umstellung auf alternative Antriebsarten“, so Helmut List, AVL-Geschäftsführer, zur aktuellen Debatte um das Verbrennungsmotor-Verbot. Er plädiert für einen ausgewogenen Mix – und einen Pfad in Richtung Klimaziele, der sich die Stärken der verschiedenen Antriebssysteme zunutze macht.

Auch die standortpolitische Dimension der Fahrzeugindustrie müsse im Auge behalten werden. „Die Fahrzeugindustrie ist weltweit tätig und trifft Investitions- und Standortentscheidungen zutiefst rational. Hohe Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes sowie eine Politik, die als mobilitätsfreundlich und technologieoffen betrachtet wird, sind essenziell für Volkswirtschaften, die auf Wertschöpfung und Beschäftigung durch die Automobilbranche bauen wollen“, unterstreicht Günther Apfalter, President Magna Europe & Asia. Er weist darauf, dass die Autoindustrie seit Jahren mit neuen regulatorischen Belastungen und ständig steigenden Abgaben konfrontiert sei. Österreich gehöre bereits jetzt zu den am höchsten besteuerten EU-Ländern im automotiven Bereich.



## WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Die österreichische Fahrzeugindustrie – innovativ, technologieoffen & nachhaltig“ finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## IV-KONJUNKTURBAROMETER

### VORAUSSETZUNGEN FÜR INVESTITIONSGETRAGENEN AUFSCHWUNG SIND GEGEBEN

Die Industrie hat wieder die Rolle der Wachstumslokomotive in Österreich übernommen.

Falls die Impfstrategie zügig weiterläuft, steht Österreich vor einem kräftigen Aufschwung – getragen von der heimischen Industrie. Das geht aus der jüngsten IV-Konjunkturumfrage

zum 1. Quartal 2021 hervor. Das IV-Konjunkturbarometer – der Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten

– gibt zwar um 6 Punkte auf 19,4 Zähler nach. Allerdings ist dieser Rückgang ausschließlich auf die vorsichtigeren Einschätzung der Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten zurückzuführen.

Damit zusammenhängend verbesserte sich der Indikator für den Beschäftigtenstand geradezu sprunghaft von -3 auf +27 Punkte und rangiert wieder in weit positivem Terrain. Am Arbeitsmarkt realisiert sich nun binnen kurzer Zeit die scheinbar paradoxe Entwicklung eines Nebeneinanders von hoher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einerseits und eines sich rasch verschärfenden Fachkräftemangels andererseits. Auslastung und Ertragsperspektiven deuten darauf hin, dass nach einer langen Durststrecke von über zwei Jahren nunmehr wieder die Voraussetzungen für einen investitionsgetragenen Aufschwung in Österreich gegeben sind. An der Umfrage beteiligten sich 411 Unternehmen mit rund 283.700 Beschäftigten.

## KONJUNKTURBAROMETER



Das IV-Konjunkturbarometer gab im 1. Quartal leicht nach. Dennoch verbesserte sich der aktuelle Geschäftsgang im Vergleich zum Vorquartal kräftig.

## Kräftiges Anziehen der Produktion zu erwarten

Getragen von der internationalen Konjunkturerholung sowie den Impulsen aus der Investitionsprämie steigt der aktuelle Geschäftsgang von 26 auf 52 Punkte. Grund dafür ist eine wesentlich verbesserte Geschäftslage, die von 29 auf 54 Zähler zulegt. Die Produktionserwartungen liegen in saisonbereinigter Betrachtung bei 33 Punkten und damit auf einem Wert, der ein kräftiges Anziehen der Produktion im weiteren Verlauf des Frühjahrs erwarten lässt. „Die Industrie hat die Pandemie professionell gemeistert und inzwischen die Rolle der Wachstumslokomotive für Österreich übernommen. Allerdings gilt es zwischen den Branchen zu unterscheiden“, erläutert IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

## WEBTIPP

Ausführliche Informationen über das IV-Konjunkturbarometer finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

# Digitalisierung – eine Jahrhundertchance für den Standort

Digital.Erfolgreich.Industrie. | Teil 1

Die Transformation zum digitalen Österreich 2030+ zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre. Ein Aktionsplan der IV-Task Force Digitalisierung und Künstliche Intelligenz zeigt, wie das gelingen kann.

Österreich als einer der Top-3-Digitalisierungsvorreiter in Europa – ein ambitioniertes Ziel, das bis zum Jahr 2030 erreicht werden soll. Und es muss erreicht werden, denn die Welt befindet sich längst mitten im digitalen Zeitalter. Während vor allem Asien und Amerika bereits den digitalen Zukunftsraum betreten haben, verweilen Europa und Österreich noch auf der Türschwelle. Steigender Wettbewerbsdruck und eine wesentlich höhere Innovationsdynamik in anderen Weltregionen unterstreichen die Notwendigkeit, jetzt aktiv zu werden. Denn Europa verliert an Boden, besonders bei zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien, wie Künstlicher Intelligenz. Von den weltweit 10 wertvollsten Unternehmen kommt keines mehr aus Europa – der Großteil davon sind Plattform- und Digitalunternehmen. Österreich liegt zudem unter den EU-Ländern weit abgeschlagen auf Rang 13 im Digital Economy and Society (DES)-Index.

## Höhere Wertschöpfung, mehr Arbeitsplätze, verbesserte Resilienz

„Es ist essenziell, keine Krise ungenutzt verstreichen zu lassen. Die Corona-Krise hat in der Digitalisierung für Rückenwind gesorgt. Das beginnt bereits bei der verbesserten Konnektivität und Effizienz in der täglichen Zusammenarbeit. Die Krise hat uns aber auch gezeigt, welche Businessbereiche resilient sind: Digitale Geschäftsmodelle blieben verhältnismäßig beständig – diese Unternehmen konnten sogar wachsen“, erklärt der Leiter der IV-Task Force Digitalisierung & Künstliche Intelligenz sowie RHI Magnesita-CEO Stefan Borgas. Unternehmen, die schon jetzt stark auf Digitalisierung setzen, werden gleichsam mit einer digitalen Dividende belohnt – in Form von stärkerem Wachstum, besserer Wettbewerbsfähigkeit und höherer Krisenfestigkeit. Davon profitieren ganze Branchen und Regionen durch zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Alleine durch den flächendeckenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz könnte bis zum Jahr 2035 ein doppelt so hohes BIP-Wachstum erreicht werden. Rund 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten durch die Digitalisierung jährlich in Österreich entstehen. Digitalisierung und Technologie haben sich somit nicht nur als kurzfristige Kriseninstrumente bewährt, sondern sichern auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Ein erfolgreicher und zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort muss ein digitaler Wirtschaftsstandort sein.

## Die Industrie geht voran

Doch wie kann die Transformation zum digitalen Österreich 2030+ erfolgreich vorantreiben? Was ist dafür notwendig, wo stehen wir zurzeit? In einem breit angelegten Prozess hat die Industriellenvereinigung



unter Einbindung von 50 IV-Mitgliedunternehmen einen digitalen Aktionsplan erarbeitet und präsentiert. „Es braucht die Kombination aus innovativen Unternehmen und einem ebenso innovativen Staat, der die notwendigen Rahmenbedingungen schafft“, fasst Borgas zusammen. Einzelheiten und Handlungsschwerpunkte des IV-Aktionsplans können Sie in den nächsten Ausgaben der iv-positionen lesen. Klar ist aber schon jetzt: Die Industrie wird als

entscheidender Innovationstreiber am Standort vorangehen und die skizzierten Ziele konsequent verfolgen.

## WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Digital. Erfolgreich. Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## Handlungsschwerpunkte für ein digitales Österreich 2030+

- Innovationsfähigkeit, Forschung und Entwicklung
- Künstliche Intelligenz (KI), Data & Enabling Technologies, New Business Models
- Cybersicherheit und Konnektivität
- Digital Skills, Education & Workforce
- Business Technology Integration
- E-Government & Citizen Use of Internet

## #INDUSTRIE-FACT

Laut Eurostat-Umfrage geben 66 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher an, über grundlegende bis fortgeschrittene digitale Kenntnisse zu verfügen. Das liegt über dem EU-Schnitt, aber unterhalb jenem der Niederlande oder Finnlands mit fast 80 Prozent.



Stefan Borgas leitet die IV-Task Force Digitalisierung & Künstliche Intelligenz.

## EU-Wiederaufbaufonds setzt richtige Schwerpunkte

Die Industrie hat sich erfolgreich für eine Stärkung wichtiger Zukunftsbereiche eingesetzt, wodurch zwei Drittel der Mittel in zusätzliche Investitionen fließen sollen.

Im Mai hat die Bundesregierung ihre Projekte für den 750 Mrd. Euro schweren europäischen Wiederaufbau-Plan bei der EU-Kommission eingereicht. Für Österreich sind 3,5 Mrd. Euro Zuschüsse vorgesehen, die österreichischen Vorhaben

belaufen sich auf 4,5 Mrd. Euro. Damit soll gesichert werden, dass alle möglichen Zuschüsse abgedeckt sind.

46 Prozent der Mittel fließen in Maßnahmen zum Klimaschutz und 41 Prozent in digitale Investitionen. Damit werden die EU-Vorgaben für diese Zukunftsfelder von 37 bzw. 20 Prozent deutlich übertroffen. Die Industriellenvereinigung hat sich in den vergangenen Monaten mit Ideen und Konzepten in die Erstellung des Planes eingebracht. Damit konnten wesentliche Anliegen der Industrie erreicht werden.

## Investitionspotenziale in zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten

Zwei Drittel der Gelder werden nun für zusätzliche Investitionen eingesetzt.

Ursprünglich war vorgesehen, lediglich bereits budgetierte Vorhaben damit abzudecken. Zudem hat die Industrie eine Reihe an neuen Investitionsprojekten angeregt: unter anderem durch die nun fixierte Teilnahme Österreichs an den „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) Mikroelektronik & Konnektivität und IPCEI-Wasserstoff mit jeweils mindestens 125 Mio. Euro. Ebenfalls wichtig: Laut Plan soll ein Dekarbonisierungs-Fonds für strategische Großprojekte der Industrie mit 100 Mio. Euro eingerichtet werden.

Zudem konnten in einer Vielzahl an Themenfeldern positive Impulse und Vorhaben verankert werden: z.B. Breitbandausbau im Umfang von 891 Mio. Euro; Digitalisierungsfonds für die öffentliche Verwaltung ca. 160

Mio. Euro; Digitalisierung der Schulen ca. 172 Mio. Euro und Ausbau der Elementarpädagogik mit 28 Mio. Euro. Diese Projekte gehen zum Teil über die bisherigen Regierungsvorhaben hinaus. Doch nicht nur die nationale Mittelverwendung ist für Österreich relevant: Der EU-Wiederaufbaufonds birgt auch in den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten Investitionspotenziale für österreichische Unternehmen. Schließlich soll auf die EU-Mitgliedstaaten in dieser Region mit knapp 70 Mrd. Euro ein Vielfaches der direkt in Österreich vorgesehenen Mittel entfallen.

Wie geht es weiter? Nach der formalrechtlichen Abwicklung aller 27 nationalen Pläne durch den EU-Rat im Juni ist die Bereitstellung erster Gelder ab dem Sommer geplant.

## Wesentliche Industrie-Anliegen verankert

- 2/3 der geplanten Mittelverwendung für zusätzliche Investitionen
- Wichtige Investitionsprojekte (IPCEI Mikroelektronik & Konnektivität sowie Wasserstoff)
- Infrastruktur (u.a. Breitbandausbau)
- Forschung (u.a. Quanten- u. Medizinforschung)
- Bildung (Digitalisierung)

# Mittelmaß reicht nicht – Strategie für einen starken Standort

*In ihrer neuen Strategie für den Standort Österreich 2025+ bringt die Industrie praxisnah auf den Punkt, wie nach Corona Wachstumsbremsen gelockert und neue Schubkraft für Wohlstand und Arbeitsplätze entwickelt werden müssen.*

**EU**-Wiederaufbauplan, Comeback-Plan der Bundesregierung, Standortstrategie der Bundesregierung, EU-Industriestrategie: An Vorhaben und Planungen für die Zeit nach Corona mangelt es derzeit nicht. Für die exponierten Sektoren der Volkswirtschaft – Produktion und damit verbundene Dienstleister – ist wichtig, dass bei allen industriepolitischen Maßnahmen Ambition und Konkretheit der Maßnahmen stimmen. „Mittelmaß und eine bloße Rückkehr auf das Vor-Krisen-Niveau werden nicht ausreichen, um Wohlstand und Lebensqualität in Österreich zu sichern und Arbeitsplätze wiederaufzubauen. Es geht darum, wie der Standort über sich hinauswachsen kann“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Für ihn ist klar: „Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich. Er braucht jetzt die besten Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung so kräftig, rasch und nachhaltig wie möglich ausfallen kann. Dafür brauchen wir mutige, innovative und vor allem praxisgerechte Maßnahmen, die Österreich deutlich voranbringen.“

## Neue Wege gehen

Vor diesem Hintergrund hat die Industrielnvereinigung mit rund 900 Mitgliedern ein Zukunftsbild für den Standort Österreich 2025+ erarbeitet. „Mit ganz konkreten Ideen und Vorschlägen zeigen wir, wie Wachstumsbremsen gelockert werden können und Schubkraft für Wohlstand und Arbeitsplätze entwickelt wird“, so Knill. Dass die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich wichtiger denn je sind und ihre Vorschläge daher besonderes Gewicht haben, steht außer Frage: Trotz der schwersten Wirtschaftskrise der Neuzeit bietet die Industrie im Inland heute um 15 Prozent mehr (!) Arbeitsplätze als noch vor einer Dekade. „Um wieder auf das Vor-Krisen-Niveau zu kommen, muss der Entlastungskurs fortgesetzt werden. Das

gilt vor allem für die Körperschaftsteuer und die Lohnnebenkosten. Damit wir über uns hinauswachsen können, braucht es neue Ansätze und Ideen. Qualifizierung, Digitalisierung und Ökologisierung sind dabei die big three“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

## Eigene Agentur für Fachkräfte

Ein wichtiges Anliegen der IV-Strategie ist die für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zukunftsentscheidende Fachkräftesicherung. Sie ist ein wichtiger Hebel für zukunftsorientierte Wertschöpfung. Während die USA und China für die Hälfte des weltweiten Wertschöpfungszuwachses im Jahr 2021 stehen, trägt die EU lediglich 13 Prozent zum globalen BIP bei. „Für erfolgreiche digitale Transformation und Innovationskraft braucht es beste Qualifizierung. Trotz der-

Entwicklung in der Aus- und Weiterbildung, der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaft gegeben werden. Das vorhandene Wissen muss vernetzt werden und in verbindliche Maßnahmen, beispielsweise in den Bildungseinrichtungen, gegossen werden. Außerdem empfiehlt die Industrie die Aufwertung der dualen Lehrausbildung und attraktive Modelle für die Lehre nach der Matura.

## Investitionen durch Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds

Um die digitale Transformation voranzutreiben, empfiehlt die Industriestrategie, Technologie-Frontrunner aus Österreich gezielt zu stärken. „Unser Ziel sind agile und resiliente Wertschöpfungsnetzwerke und ein wettbewerbsfähiger, innovativer und nachhaltiger Produktionssektor mit einem starken Ökosystem aus Leitbetrieben, KMU und Jungunternehmen in Österreich“, so IV-Präsident Georg Knill. Um die Zukunftsfähigkeit des Standortes nachhaltig zu stärken, plädiert die IV für Maßnahmen für die heimischen energieintensiven Unternehmen beim Übergang zur Energiewende. „Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Es braucht eine Kompensation der Kosten, die nicht am weltweiten Markt untergebracht werden können. Konkret schlagen wir hier einen Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds vor, der energieintensive Unternehmen dabei unterstützt, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen“, so Knill. Der Fonds soll Projekte des Innovationsfonds des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) oder von Investitionen bei den europäischen Großprojekten IPCEI Wasserstoff und Low Carbon Industries kofinanzieren. Außerdem soll der Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds die Erforschung, Herstellung und Nutzung von alternativen Treibstoffen finanziell mittragen. Auch Beihilfen zur Kompensation von durch das ETS verursachten Strompreiserhöhungen sowie klimapolitisch bedingte Kosten für CO<sub>2</sub>-reduzierte Produktion sollen über den Fonds finanziert werden, regt die IV in ihrer Strategie an.

**„Nur wenn es gelingt, Österreich als Industrieland zu stärken, können alle profitieren.“**

**Christoph Neumayer  
IV-Generalsekretär**

zeit hoher Arbeitslosigkeit sind zahlreiche Betriebe vor allem in industriestarken Regionen wieder verstärkt mit einem Fachkräftemangel konfrontiert, der ihre Wettbewerbsfähigkeit massiv einschränkt“, so Neumayer. Als konkrete Maßnahmen regt die IV die Schaffung einer Fachkräfteagentur an, deren Aufgabe die Steuerung der mittel- und langfristigen Fachkräfteentwicklung sein soll. Auf Basis eines Fachkräftemonitorings sollen klare und verbindliche Aussagen zur erwartbaren Kompetenzentwicklung getroffen und konkrete Empfehlungen für deren



# START

## LOADING ...

### Entlastungskurs fortsetzen

Unverzichtbar ist es aus Sicht der Industrie, den eingeschlagenen Entlastungskurs konsequent fortzusetzen. Konkrete Maßnahmen sind die notwendige Stärkung des Eigenkapitals, um Unternehmen krisenfester zu machen, und die Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent. Ebenfalls dringend notwendig ist die Senkung der Lohnnebenkosten in Richtung deutsches Niveau, das mehr als vier Prozentpunkte niedriger liegt als das österreichische. IV-Generalsekretär Neumayer: „Das kann ein Impuls sein, um die Arbeitslosigkeit zu senken – ebenso wie die zeitliche Förderung

Entlastung ist natürlich auch bei Genehmigungsverfahren angesagt – vor allem bei wichtigen Infrastruktur- und Energieprojekten. Denn eine sichere, intelligente und leistungsfähige Infrastruktur und deren ressourceneffiziente Bewirtschaftung sind die tragenden Elemente von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Insbesondere bedarf es einer Straffung der Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren, einer Reform des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie der Verfahren vor den Bundesverwaltungsgerichten, lauten die konkreten Vorschläge der IV-Strategie.

Industrie in sämtlichen EU-Politikbereichen geben, erwartet sich Österreichs Industrie.

Das alles ist kein wirtschafts- und industriepolitischer Selbstzweck, sondern gerade jetzt für den Standort erfolgsentscheidend: „Die Industrie bietet selbst in der schwersten Wirtschaftskrise sichere Arbeitsplätze, überdurchschnittliche Einkommen, umweltschonende Technologien und hochwertige Produkte. Nur wenn es gelingt, Österreich als Industrieland zu stärken, können alle von diesen Vorteilen profitieren“, bilanzieren Knill und Neumayer.

### WEBTIPP

Alle Vorschläge und Ideen zur IV-Industriestrategie finden Sie zum Download unter [www.iv.at](http://www.iv.at)



**„Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich.“**

Georg Knill  
IV-Präsident

### Exporte stärken

Die Corona-Pandemie hat als – unfreiwilliges – Realexperiment vermittelt, wie stark Österreichs Wohlstand und seine Arbeitsplätze am Erfolg der Exportwirtschaft hängen. „Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist es essenziell, dass die Unternehmen wieder ungehindert weltweit aktiv und erfolgreich sein können. Denn Österreich ist ein Exportland. 53 Prozent unseres Wohlstandes erwirtschaften Unternehmen und ihre Beschäftigten mit ihren Erfolgen auf den internationalen Märkten. Die Unterstützung von Exporten und der bestmögliche Zugang zu dynamischen Märkten sind zur Überwindung der Krise entscheidend“, so IV-Präsident Georg Knill. Der Wettlauf um Marktzugänge gewinnt an Dynamik, wie sich an den zuletzt entstandenen Freihandelszonen im asiatischen (RCEP) und transpazifischen (CPTPP) Raum zeigt. Konkrete Forderungen der Industriestrategie: Mit den USA sollen Gespräche über ein transatlantisches Abkommen aufgenommen werden. Ein faires EU-Mercosur-Abkommen, das gerade (!) auch für Umweltschutz in den Partnerländern sorgt, muss umgesetzt werden. Auch der Anschluss an andere dynamische Wirtschaftsräume, etwa Australien, soll durch Abkommen gesichert werden. Am Ball ist die EU auch mit Blick auf einen notwendigen Belastungs-Stopp: Es soll ein Moratorium auf Belastungen für Wirtschaft und

der Lohnnebenkosten bei von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Gruppen.“ Damit Österreich möglichst rasch wieder das Vor-Krisen-Niveau erreichen und überschreiten kann, ist ein investitionsfreundliches Klima notwendig. Die Industrie plädiert daher für die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags. Ein Freibetrag für 30 Prozent der Investitionskosten z.B. für Maschinen oder Produktionsgebäude könnte für ökologisch sinnvolle Investitionen noch erhöht werden – analog zur, zeitlich begrenzten, jetzigen Investitionsprämie. Um den Kapitalmarkt zu stärken, empfiehlt die Industrie die Einführung der Behaltefrist bei der Kapitalertragsteuer.

## DIE IV-INDUSTRIESTRATEGIE „BESSER ALS VOR CORONA – WIE WIR ÜBER UNS SELBST HINAUSWACHSEN“

### I. Werkzeuge, um das Vor-Krisen-Niveau zu erreichen



Investitionen forcieren



Arbeitsmarkt beleben



Kapitalmarkt stärken



Effizienz steigern



Entlastung vorantreiben



Deregulierung umsetzen



Infrastruktur sichern und ausbauen

### II. Die besten Ideen, um über uns hinauszuwachsen



Digitalisierung beschleunigen



Forschung & Innovation unterstützen



Qualifizierung verbessern

# „MINT-Girls Challenge“ gestartet

Ein neuer bundesweiter Wettbewerb soll das Interesse an technisch-naturwissenschaftlichen Fächern wecken.

Passend zum „Girls-Day“ im April starteten Frauenministerin Susanne Raab, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka die Initiative „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll mehr Mädchen und junge Frauen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) begeistern und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Österreich gehört heute zu den innovativsten Ländern der Welt. Immer mehr heimische Unternehmen setzen auf Forschung und Entwicklung, Technologie und Digitalisierung. Moderne Medikamente, Smartphones oder Elektroautos – Technik aus Österreich macht es möglich. Daher suchen Unternehmen auch immer stärker nach talentierten und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern – den so genannten MINT-Disziplinen. Gerade Frauen sind im MINT-Bereich selten, von technischen Lehrberufen bis hin zu MINT-Studienrichtungen, die wiederum die Grundlage für Forschungs- und Innovationsberufe darstellen. „Dabei liegen



## „MINT-GIRLS CHALLENGE“ AUF EINEN BLICK

- Einreichung bis 31.8. unter: [www.mint-girls.at](http://www.mint-girls.at)
- Für Mädchen von 3 bis 18 Jahren
- Einreichung einer Idee wie MINT zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems beiträgt (Sustainable Development Goal/SDG)
- Beiträge können als Video, Text, Audio oder als Bild eingereicht werden

gerade dort die großen Zukunftschancen für junge, begeisterte Menschen, die etwas verändern wollen. Von der Bekämpfung des Klimawandels über Mobilitätskonzepte der Zukunft bis hin zur Heilung lebensbedrohender Krankheiten. Das sind wirklich spannende Betätigungsfelder. Vor allem für junge Mädchen und Frauen, die die Zukunft mitgestalten wollen“, ist IV-Vizepräsidentin Herlitschka überzeugt.

### Die Probleme unserer Zeit lösen

Bei der „MINT-Girls Challenge“ können kreative und originelle Videos, Texte und Audios eingereicht werden, die die Mädchen beim Experimentieren oder bei der Umsetzung ihrer MINT-Ideen zeigen. Eingebettet ist der Wettbewerb in eine Story: „Nutze MINT, um die Probleme unserer Zeit zu lösen!“ Teilnehmen können Mädchen zwischen 3 und 18 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Die Einreichung erfolgt in den vier Kategorien Kindergarten, Volksschule, Unterstufe und Oberstufe bzw. Lehrlinge. Auf die Gewinnerinnen warten Preise wie Praktika oder Schnuppertage in Unternehmen, MINT-Workshops und ein Meet & Greet mit den Proponentinnen der Initiative.

## AKTUELLES IN KÜRZE

### Neues Nationales Klimaschutzgesetz ante portas

Ein frühzeitig bekannt gewordenes Non-Paper aus dem Klimaministerium (BMK) erhebt den Anspruch, in einer umfassenden Prioritätenverschiebung das gesellschaftliche und wirtschaftliche Tun weitgehend der Erreichung einer nationalen Klimaneutralität bis 2040, und damit zehn Jahre vor der EU, unterzuordnen.

Folgende Elemente des Papiers sind vor diesem Hintergrund aus Sicht der IV von besonderer Relevanz:

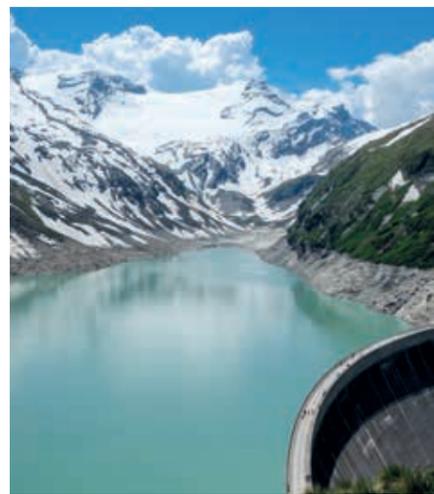
- Die geplante verfassungsrechtliche Verankerung des Ziels der Klimaneutralität

bis 2040, die in dieser strikten Form nicht im Regierungsprogramm vorgesehen ist.

- Die Schaffung neuer Strukturen, wie einem wissenschaftlichen Klimabeirat oder einem BürgerInnenrat, unter direktem Einfluss des BMK, welche geeignet sind, die bestehende demokratische Legitimation politischer Entscheidungsfindung auszuhöhlen.
- Die Verlagerung von gestaltender Entscheidungskompetenz in Klima- und damit Energiefragen von der Politik hin zu Gerichten, was wiederum unter dem

Gesichtspunkt der oben genannten Verfassungsverankerung des 2040er-Ziels höchst relevant werden kann.

Aus Sicht der Industriellenvereinigung müssen bei aller Wichtigkeit und Dringlichkeit Maßnahmen zum Klimaschutz auch weiterhin gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen wie Wohlstand und Beschäftigung abgewogen werden. Dies umso mehr, wenn es darum gehen soll, ein deutliches nationales Gold Plating, also eine Übererfüllung der EU-Vorgaben, gegenüber den jüngst verschärften EU-Klimazielen umzusetzen.



### Am Anfang des asiatischen Jahrhunderts

Die aktuelle ökonomische Entwicklung im Reich der Mitte war Thema beim IV-Bundesvorstand im April: „Wir stehen am Anfang eines asiatischen Jahrhunderts. Das haben die ersten 20 Jahre schon deutlich gezeigt“, betonte Joe Kaiser, ehemaliger CEO der Siemens AG und nun Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens Energy AG und Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

(APA). Europa müsse sich fragen, wie es damit umgehen sollte. So habe China nach der Finanzkrise 2008/09 mit seiner wirtschaftlichen Expansion nun erneut die Weltwirtschaft aufgefangen: „Ohne China wären die wirtschaftlichen und damit auch sozialen Folgen der Krisen in Europa deutlich schlimmer. Aber China verfolgt auch einen systemischen Führungsanspruch. In Europa müssen wir darüber nachdenken, welche strategisch

wichtigen Branchen von nationalem Interesse sind. Das ist zu definieren und dann muss man eine reziproke Lösung mit China finden.“ Der Schlagabtausch zwischen den USA und China um die wirtschaftliche und strategische Vormachtstellung sei jedenfalls voll entbrannt. Sichtbar seien bereits Ansätze eines Auseinanderdriftens von Handelsregeln, Technologien und Wirtschaftspraktiken zwischen US-dominiertem und China-dominiertem

Einflussraum. Europa brauche eine Antwort auf dieses drohende Decoupling. „Gerade angesichts der aktuellen geopolitischen und geökonomischen Unsicherheiten ist es wichtig zu demonstrieren, dass wir Hürden und Unterschiede durch partnerschaftliche Kooperation überwinden und der Welt Beispiele für Multilateralismus, Offenheit und Win-Win-Partnerschaften geben“, lautete des Plädoyer des APA-Vorsitzenden.

### Lernen für die Schule und das Leben

Das KURIER Lernhaus hilft Kindern, die Schule zu meistern – damit Bildung keine Glückssache ist. Kübra lernt gerne – ganz besonders am Nachmittag. Denn sie hat das Glück, als eines von 30 Kindern ins Lernhaus Gänserndorf zu dürfen, wo sie kostenlose Lernhilfe bekommt. Gänserndorf ist nicht der einzige Standort: Mittlerweile gibt es in neun KURIER Lernhäusern unter Leitung des Roten Kreuzes in Niederösterreich, Tirol und Wien Lernunterstützung für 200 Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 15 Jahren. An jedem Standort gibt es zumindest eine ausgebildete Pädagogin und viele Freiwillige.

Kinder wie Kübra erhalten dort die Hilfe, die nötig ist, damit sie die Schule meistern können. Statt die Schule abzubrechen, werden sie zu selbstbewussten Menschen, die später eine Lehre oder die Matura machen. Aus diesem Grund rief der KURIER diese Bildungsinitiative vor zehn Jahren ins Leben, wie KURIER-Geschäftsführer Thomas Kralinger betont: „Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die weniger Chancen auf gute Bildung haben, bessere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Werdegang bekommen.“ Die Lernhäuser finanzieren sich ausschließlich über Spenden. Über den Verein KURIER AID AUSTRIA organisieren der

KURIER und seine Partner UNIQA, Raiffeisen, WKO Bauwirtschaft und Rotes Kreuz die Finanzierung. Dazu kommen Kleinspender und weitere Sponsoren wie Agrana, EVN, Knorr-Bremse, die Industriellenvereinigung und die Umdasch Stiftung. In Niederösterreich können die Lernhäuser außerdem durch die Unterstützung des Landes vor Ort in den Schulen arbeiten. Alle Spenden fließen direkt in den Betrieb der neun KURIER Lernhaus-Standorte.

Spendenkonto: AT71 3100 0000 0099 9995  
Infos und Online-Spendenmöglichkeit:  
[www.kurierlernhaus.at](http://www.kurierlernhaus.at)



# Wir haben es mit veralteten Rollenbildern zu tun

Die JI konzentriert sich aktuell stark auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Im Interview erklären die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Katharina Rhomberg-Shebl und Nikolaus Griller, warum.

**Liebe Katharina, Du bist erst vor kurzem selbst Mutter geworden, wo siehst Du die größten Herausforderungen für eine gelingende Vereinbarkeit?**

Katharina: Es ist ein komplexes Thema, das eigene persönliche Umfeld spielt eine große Rolle, auch die individuellen beruflichen Gegebenheiten. Was allgemein gestaltbar ist, sind die Rahmenbedingungen, etwa im Bereich der Elementarbildung. Da gibt es in Österreich jedenfalls noch Optimierungsbedarf. Am Ende ist es aber auch ein zutiefst gesellschaftspolitisches Thema. Wir haben es in Österreich teilweise mit sehr veralteten Rollenbildern zu tun.

**Lieber Niki, im Papier der JI-Wien ist von der „Stärkung des Standortes“ zu lesen. Kannst Du uns das näher erklären?**

Niki: Die Menschen wollen möglichst flexibel



Katharina Rhomberg-Shebl und Nikolaus Griller plädieren für bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

und eigenverantwortlich entscheiden, wie sie Familie leben. Das ist auch für die Unternehmen eine große Herausforderung – aber eine, die ich gerne annehme. Gerade als Arbeitgeber können wir Vorbildwirkung haben. Vereinbarkeit muss selbstverständlicher

Teil der Unternehmenskultur sein. Es geht aber auch nicht ohne adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen. In Österreich ist Familie oft ein Karrierehindernis, vor allem für junge Frauen. Das soll sich ändern, so stärken wir uns als Gesellschaft, aber eben auch als Standort.

**Ist das Ziel ein generelles Zurückfahren von Teilzeit bei Frauen?**

Katharina: Nein, das Ziel ist echte Wahlfreiheit für Familien, was auch Teilzeit für Männer wie Frauen beinhalten kann. Damit einher geht aber auch das Ziel, das brachliegende Fachkräftepotenzial der in Teilzeit arbeitenden Mütter (und Väter) auszuschöpfen... nämlich zum Beispiel all jener, die sich aufgrund mangelhafter Strukturen, z.B. im Kinderbetreuungsangebot, zu Teilzeit oder langer Familienauszeit entscheiden.



## Kinder in der Föderalismus-Falle

*Regionalisierung hat Vorteile, keine Frage. In manchen Bereichen bremsen wir uns damit aber selber aus.*

Die JI-Seite ist diesmal ganz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewidmet. Mehrere Landesgruppen beschäftigen sich aktiv mit diesem Thema, das auch viele JI-Mitglieder als sehr relevant für ihr persönliches Leben wahrnehmen. Vereinbarkeit ist komplex. In Österreich sind etwa veraltete Rollenbilder ein großes Problem – diese zu ändern, ist aber bekanntlich schwierig und langwierig.

Es gibt aber durchaus Bereiche, wo man Dinge leichter verbessern könnte, etwa bei der Elementarpädagogik. Dass in unserem kleinen Land hier der Föderalismus voll durchschlägt, ist nicht ideal: Die Qualität des elementarpädagogischen Angebots hängt vom Wohnort ab – zeitgemäß ist das nicht.

Die Corona-Krise hat auch in anderen Bereichen gezeigt, dass der Föderalismus nicht immer die beste Lösung ist. Außerdem ist durch Corona allen bewusst geworden: Kindergärten und Schulen sind in mehrerlei Hinsicht systemrelevant. Es geht nicht nur um Bildung, sondern auch Betreuung, soziale Kontakte für die Kinder und vieles mehr. Vielleicht wäre es an der Zeit, dass man nun auch Berufsgruppen wie z.B. den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen entsprechende Anerkennung zollt. Auf Verbesserungen warten sie schon lange.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

### JI-UPDATE

## Familien fördern – Standort stärken!

Eine Task Force der JI-Wien hat sich angeschlossen, welche Rahmenbedingungen verbessert werden müssten, damit die Menschen in Österreich eigenverantwortlich und flexibel entscheiden können, wie sie ihr Familienleben gestalten. Dies betrifft einmal die Elementarbildung, deren Verfügbarkeit weiter verbessert und deren Rahmenbedingungen vereinheitlicht werden sollten. Das Papier adressiert aber auch arbeitsrechtliche Aspekte,

wie etwa den überbordenden Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Elternteilzeit, die komplizierte Abrechnung von Mehrarbeit in Teilzeit oder das Thema Vertrauensarbeitszeit. Beim Kinderbetreuungsgeld sollen die Zuverdienstgrenzen abgeschafft und die bestehenden Modelle vereinfacht werden. Zugleich werden bessere Anreize für Väterkarenz und die Umsetzung des automatischen Pensionssplittings gefordert.

## Mehr Kinderbildungsplätze für Chancengleichheit

In der Steiermark beschäftigt sich die Junge Industrie seit einem Jahr vor allem mit dem Thema Kinderbetreuung und -bildung, und das aus gutem Grund: Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt bei 22 Prozent in der Steiermark – der Österreichschnitt bei 30 Prozent. In Wien sind es 46 Prozent. Betreuungseinrichtungen sind durchschnittlich 21 Tage geschlossen, in Wien 7 Tage. Gleichzeitig kostet ein Betreuungsplatz in der Steiermark mit rund 8.400 Euro im Jahr mehr als im Rest Österreichs. Neben einem Ausbau der Infrastruktur schlägt die JI-Steiermark daher auch neue Lösungen vor,

wie etwa flexible Betreuungszeitmodelle und die Option, Plätze zu teilen. Auch ein systemisches Umdenken wird angeregt: So sollten eher Kinder statt Kindergartenplätze gefördert werden. Geht es nach der JI, sollte ein Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen, ganztägigen, ganztägigen sowie leistbaren Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag ab 2025 das Ziel sein. Darüber hinaus werden die finanziellen wie karrieretechnischen Folgen langer Karenzzeiten sowie der rechtliche Rahmen für eine verbesserte Vereinbarkeit für Väter wie Mütter thematisiert.

**WEBTIPP:** Alle Informationen unter [www.jungeindustrie.at](http://www.jungeindustrie.at)

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: [positionen@iv.at](mailto:positionen@iv.at), Homepage: [www.iv.at](http://www.iv.at), ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at)

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/AdobeStock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Universität Innsbruck, IV-Vorarlberg, IV-Wien/AdobeStock

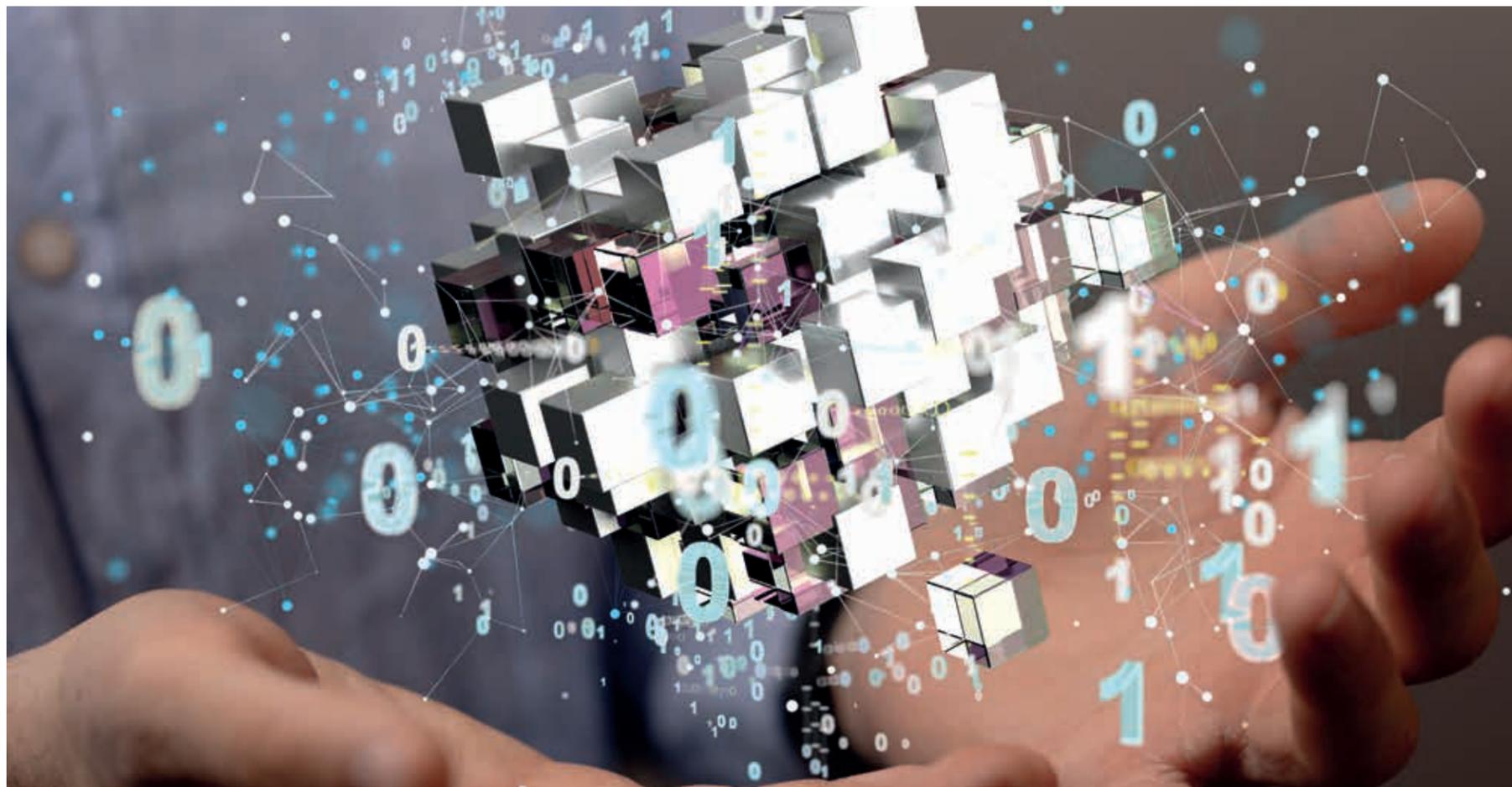
Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



### JI-FACTBOX

**Im Jänner 2020 waren nur 4 Prozent aller Kinderbetreuungsgeldbezieher Männer.**

(Stichtagsbetrachtung, Soziologin Sonja Dörfler)



# Breitbandbedarf steigt massiv!

Eine Umfrage zeigt: Probleme bei der Anbindung drohen in den kommenden Jahren zum Investitionshemmnis zu werden.

**M**it dem im Rahmen der Regierungsklausur der Bundesregierung bekannt gegebenen Beschluss von zusätzlichen 1,4 Milliarden Euro an Förderungen für den Breitbandausbau rückt dieses wichtige Thema auch für die Steiermark wieder vermehrt in den Vordergrund. Mittlerweile verfügt zwar jede der 286 steirischen Gemeinden über einen Glasfaser-Zugangspunkt, der die Grundlage für sämtliche Anschlüsse ist. Für den weiteren Ausbau der Breitband- und 5G-Infrastruktur ist neben der Sicherstellung ausreichender nationaler und regionaler Budgets aber vor allem das Setzen klarer Prioritäten erforderlich. In diesem Sinne und auch mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Steiermark muss daher gelten, dass der weitere Ausbau der Breitbandnetze vorrangig vor allem in jenen Regionen und Bereichen vorangetrieben wird, die zur Wertschöpfung und zum Wohlstand des Landes beitragen.

Um die aktuelle Situation sowie die Anliegen und Bedürfnisse der steirischen Industrie zum Thema Breitband passgenau definieren zu können, hat die IV-Steiermark eine Umfrage unter ihren Mitgliedern durchgeführt, an der knapp 50 Unternehmen mitgewirkt haben. Dabei wurde nicht nur die Verbindungsqualität (Download- und Upload-Geschwindigkeiten bzw. Antwortzeiten), sondern auch Anforderungen, die sich aus den geplanten Anwendungen und Technologien in den Firmen ergeben, beleuchtet.

Die Auswertung der Umfrage bestätigt klar, dass die Qualität und Verfügbarkeit von Breitbandnetzen auch für die Steiermark zunehmend ein entscheidendes Standortkriterium im globalen Wettbewerb wird und

dass neue Technologien und Anwendungen immer höhere Bandbreiten und stabile Verbindungen erfordern. Aufgrund der hohen Anzahl an Teilnehmern aus unterschiedlichen Branchen und Regionen sind repräsentative Aussagen zulässig.

## Schlechte Internetverbindung als Investitionshemmnis

30,6 Prozent der befragten Unternehmen sehen in mindestens drei oder mehr Jahren in der nicht ausreichenden Qualität der Internetverbindung ein potenzielles Investitionshemmnis. Daraus resultieren mögliche Probleme bei weiteren Investitionen am Standort mit der derzeitigen Anbindung. 10,2 Prozent geben an, bereits heute immer wieder Probleme mit der Internetverbindung zu haben. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (55 Prozent) sieht derzeit keine Probleme mit der Qualität der Internetverbindung und betrachtet diese auch für die kommenden Jahre als ausreichend. Jedes vierte Unternehmen (26,5 Prozent) ortet in

langsamen Internetverbindungen einen klaren Wettbewerbsnachteil, wobei innerhalb Österreichs Oberösterreich, Wien sowie Vorarlberg als Benchmark genannt werden. Zudem bestätigen die Unternehmen das Gefälle beim Ausbau zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Befragt nach weiteren Problemen, die sich aus einer nicht zeitgemäßen Internetverbindung im Unternehmen ergeben, melden die Betriebe folgende Bereiche:

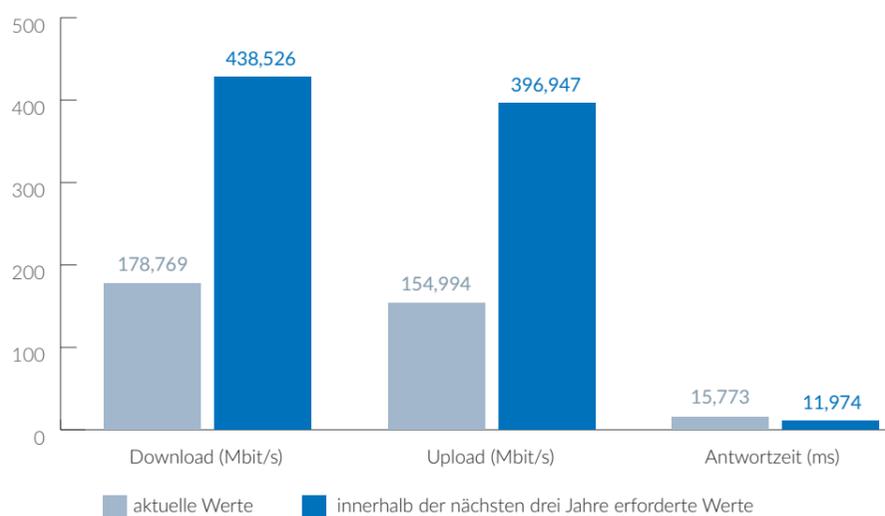
- Die Verhinderung der Implementierung neuer Technologien im Bereich der Produktion, des Vertriebs sowie bei der Implementierung neuer Geschäftsmodelle
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung von KI-Initiativen
- Die Anbindung anderer Standorte und Baustellen innerhalb der Unternehmensgruppe
- Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Homeoffice und Videokonferenzen

Insbesondere im Zusammenhang mit der zuletzt vermehrt geforderten Umsetzung von Homeoffice-Lösungen orten viele Unternehmen massive Probleme. Knapp die Hälfte der Befragten berichtet, dass mehr als 10 Prozent der Mitarbeiter Probleme dabei haben, Homeoffice-Tätigkeiten mit der derzeitigen Internetverbindung nachgehen zu können. In 12,2 Prozent der Fälle ist es sogar ein Drittel der Belegschaft oder mehr, die über keine ausreichende Internetverbindung für die Umsetzung von Homeoffice verfügt.

## Anforderungen an Breitbandnetze steigen kontinuierlich

Breitbandnetze sind die Infrastruktur der Informationsgesellschaft, deren Bedeutung in den letzten Jahren und insbesondere in der Zeit der Pandemie entscheidend zugenommen haben. Sie bilden die technische Basis und sind damit die Grundvoraussetzung für wirtschaftliche, aber auch soziale und kulturelle Entwicklungen. In den letzten 20 Jahren hat der Internetverkehr

Internet-Verbindungen



## JEDES JAHR 50 PROZENT MEHR BANDBREITE

In Anlehnung an das „Moore'sche Gesetz“, wonach sich die Leistungsfähigkeit der Computer-Prozessoren alle 18 Monate verdoppelt, wurde „Nielsen's Law“ beschrieben. Jakob Nielsen hat festgestellt, dass sich die Bandbreite beim Endkunden jedes Jahr um 50 Prozent erhöht. In der Grafik ist die klare Verbindung der Ergebnisse mit diesem sogenannten „Nielsen-Gesetz“ erkennbar, demzufolge Netzverbindungsgeschwindigkeiten für High-End-Anwender sich alle 21 Monate verdoppeln.

massiv zugenommen und die Unternehmen gehen von einer weiteren Zunahme der Anforderungen aus.

So zeigt der Vergleich der Werte der aktuellen Verbindungsqualität mit den Erfordernissen an die Breitbandanbindung in drei Jahren eindrucksvoll, dass die zunehmende Leistungsfähigkeit neben neuen datenintensiven Technologien wohl weiterhin der Treiber für den massiv zunehmenden Breitbandbedarf ist. Hierbei hat sich auch eine nahezu lehrbuchmäßige Bestätigung des so genannten „Nielsen-Gesetzes“ gezeigt, demzufolge sich Netzverbindungsgeschwindigkeiten für High-End-Anwender alle 21 Monate verdoppeln (siehe Kasten).

### „Know-how-intensive“ Anwendungen und Technologien nehmen zu

Viele der Unternehmen setzen bereits auf die Möglichkeiten der Digitalisierung. So haben zwei Drittel der Firmen bereits eine digitale Agenda und nahezu alle erwarten

eine immer intensivere Nutzung der neuen Anwendungen und Technologien.

Auf die Frage „Welche Anwendungen/Technologien, die schnelle Internetverbindungen benötigen, haben Sie bereits im Einsatz?“ ergeben sich folgende Antworten:

- „Standard-Anwendungen/Technologien“ (Remote-Desktop und Videokonferenzsysteme) sind bereits in nahezu jedem Unternehmen (> 90 Prozent) etabliert.
- Rund zwei Drittel nutzen Cloud-Computing und Voice over IP.
- Etwa ein Drittel nutzt IoT-Anwendungen.
- Rund jedes sechste Unternehmen setzt bereits AR-/VR-Anwendungen ein.
- Erst rund 10 Prozent nutzen KI-Anwendungen.

Dass „Know-how-intensive“ Anwendungen und Technologien massiv zunehmen werden, hat die Frage „Welche Anwendungen/Technologien, die schnelle Internetverbindungen benötigen, planen Sie innerhalb der nächsten drei Jahre einzusetzen?“ ge-

zeigt, da es hier zu massiven Verschiebungen vor allem in den nachfolgenden Bereichen kommt:

- Rund ein Drittel plant KI-Anwendungen zu nutzen (dreimal so viele als bisher).
- Rund ein Drittel plant AR-/VR-Anwendungen einzusetzen (nahezu eine Verdopplung).
- IoT-Anwendungen planen rund 40 Prozent zu nutzen (Zunahme um rund ein Drittel).

Zentral aus Sicht der Unternehmen ist dabei einerseits die Bedeutung der Verlagerung der Daten in eine zentrale Cloud bzw. die Erwartung einer massiven Zunahme von entsprechenden Cloud-Anwendungen und des dafür erforderlichen Datenvolumens. Andererseits ergibt sich ein entsprechender Trend auch aus der daten- und Know-how-intensiven Verwertung der Daten in einzelnen Bereichen wie Data Analytics, Big Data, Smart Data, Künstliche Intelligenz oder aus der Nutzung von IoT-Anwendungen.



## Das muss man gesehen haben

Ich habe die beinahe schon zwölf Monate meiner Präsidentschaft auch dafür genutzt, um mir – wo immer das bedingt durch die Pandemie möglich war – vor Ort ein Bild von unseren Mitgliedsunternehmen zu machen. Der Einblick in Labors und Werke hat mich zutiefst und nachhaltig beeindruckt.

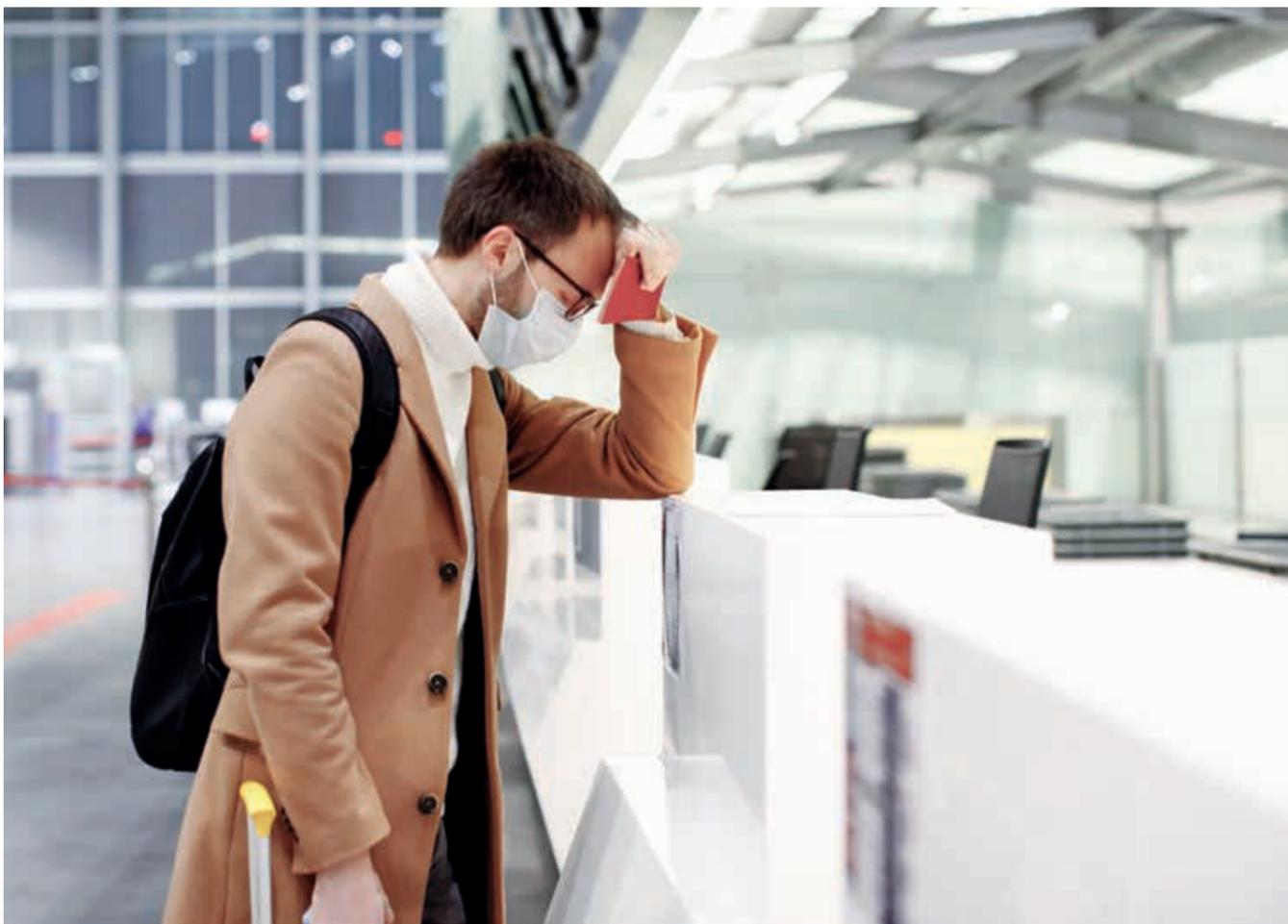
Es waren spannende Gespräche, geprägt von unternehmerischem Weitblick und Mut, hohem Verantwortungsbewusstsein für Menschen, Umwelt und Region. Es ist eine enorme Zuversicht, die die Industrie in der Steiermark durch die Krise geführt hat – diese Zuversicht ist unsere grundsätzliche Basis, immer. Die lustvoll gelebte, endlose Kreativität und die ständige Suche nach besseren Lösungen für Produkte, Prozessoptimierungen, Energieeffizienz und ganz besonders auch für ein Miteinander im Unternehmen kann man erst erfassen, wenn man die Menschen in der Industrie in ihrem Tun erlebt. Ich konnte förmlich spüren, warum die Steiermark als Industrie- und Innovationsland gilt. Das erhöht einerseits meinen latenten Optimismus nochmals und schärft andererseits die Dringlichkeit, Rahmenbedingungen zukunftsgerichtet raschest zu verbessern.

Was mich ebenfalls beeindruckt hat, ist der Stand der Technik und die hohe Qualifikation der Menschen, die in der Industrie tätig sind. Digitalisierung ist kein theoretisches Konstrukt, sondern bereits wesentlicher Teil der Abläufe, Geschäftsmodelle und des Know-hows der Mitarbeiter. Begeistert hat mich auch das attraktive Arbeitsumfeld, das unsere Unternehmen bieten. Wer moderne Industriearbeitsplätze sehen will, findet in der Steiermark eine große Auswahl vor.

All das bestätigt und motiviert mich, mich mit voller Kraft und höchstem Engagement für diese tollen Unternehmen, alle unsere Mitgliedsbetriebe und ihre Mitarbeiter einzusetzen. Um das zu tun, ist die Industriellenvereinigung die beste Plattform, die ich mir vorstellen kann. Führungskräfte und Eigentümer, die auf freiwilliger Basis ihre Erfahrungen und internationale Perspektive zum Wohle des Landes einbringen. Das zeichnet uns aus. Unser Anspruch ist es nicht, zu kritisieren und zu fordern, sondern konstruktive Vorschläge in Form von konkreten Lösungen einzubringen, das allerdings mit Nachdruck, unverrückbar und unablässig. Die Eindrücke und Anregungen aus Gesprächen mit und Besuchen bei unseren Mitgliedern spielen bei der Erfüllung dieses Anspruchs eine wesentliche Rolle.

Ihr

Stefan Stoltzka,  
Präsident der IV-Steiermark



## Verbot für Flüge Graz-Wien würde Standort schwächen

Nahezu 100 Prozent der Passagiere nutzen den Flug als Zubringer.

Dem Vorschlag von Verkehrsministerin Leonore Gewessler, Kurzstreckenflüge in Österreich zu verbieten, widerspricht die Industriellenvereinigung Steiermark aus mehreren Gründen neuerlich entschieden. Die Strecke Graz-Wien wurde nahezu ausschließlich (von über 95 Prozent der Passagiere) als Zubringerflug zu den Langstreckenverbindungen ab Wien genutzt. Praktisch niemand fliegt nur Graz-Wien. Reisende ab Graz müssten auf ihrem Weg etwa in die USA

oder nach Asien auf deutsche Flughäfen als Zwischenziel ausweichen. Unter dem Verbot der Flüge von Graz nach Wien würde demnach auch Wien als Drehkreuz für internationale Reisen leiden. Fazit: Die Wertschöpfung würde in Deutschland erfolgen, der ökologische Effekt wäre bestenfalls neutral.

### Standortattraktivität in Gefahr

Die aktuelle Pandemie zeigt die Wichtigkeit einer internationalen Anbindung des Standortes auf. Selbst auferlegte Einschränkungen

würden Unternehmen in ihrer Möglichkeit, neue Aufträge an Land zu ziehen und erfolgreich umzusetzen, spürbar treffen. Gleichzeitig wäre die Rolle der produzierenden Unternehmen als Wachstums- und Beschäftigungsmotor behindert, wenn Kunden aus aller Welt nur mehr mit erhöhtem Aufwand zu ihren Geschäftspartnern in die Steiermark reisen könnten. Das Verbot der Strecke Graz-Wien würde also die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Steiermark und Südösterreich reduzieren.

**WELCOME ON BOARD****NZ-Hydraulikzylinder GmbH**

Als innovativer Qualitätslieferant für Hydraulikzylinder aus Österreich zählt NZ Hydraulikzylinder zu den führenden Entwicklern von kundenspezifischen Individuallösungen von der Auslegung bis zur Serienfertigung.

Bereits 1972 als Reiter GesbR gegründet, erlebte das Werk einen stetigen Aufschwung, insbesondere auch durch die Kooperation mit Neuson. 2006 wurde die Firma von Neuson-Hydrotec übernommen und weiter ausgebaut. Gegenwärtig werden ca. 100 Mitarbeiter beschäftigt, der Lehrlingsanteil beträgt 10 Prozent. Im modernen CNC Zylinderwerk am Standort Kleinlobming werden jährlich

ca. 40.000 Hydraulikzylinder für die verschiedensten Branchen wie Holzindustrie, Energietechnik, Kunststoffmaschinenbau, Baumaschinen, Nutzfahrzeuge, Arbeitsbühnen, Bergbau, Maschinenbau und Umwelttechnik hergestellt.

Das Spektrum reicht dabei von Kurzhubzylindern über Langhubzylinder bis hin zu Leichtbauzylindern und Edelstahlzylindern. Auch Steuerungskomponenten wie Ventilblöcke oder Wegmesssysteme werden angeboten. Durch die hohe Fertigungstiefe vom automatischen Rohmaterial-Sägezentrum bis zu den automatisierten Zylinderprüfständen können wir eine hohe Produktqualität sicherstellen.



# 100 Tage neue US-Administration

Joe Biden ist seit über 100 Tagen Präsident der USA. Was von der neuen US-Administration zu erwarten ist, welche Themen an Relevanz gewonnen haben und wie sich das Agenda-Setting auf Europa auswirken wird, wurde auf Einladung des Internationalisierungscenter Steiermark und der IV-Steiermark gemeinsam mit der US-Botschaft diskutiert.

International lassen die ersten 100 Tage bereits eine klare Schwerpunktsetzung in Sachen Handelspolitik, Klimapolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik erkennen. Die handelspolitischen Maßnahmen lassen zum einen eine weiterhin klare Front in Richtung China und zum anderen eine leichte Entspannung in Richtung Europa erwarten. Es besteht nunmehr eine hohe Chance, dass sich die Handelsbeziehungen wieder deutlich zu verbessern, wenn auch ein Handelsabkommen (TTIP neu) derzeit dennoch nicht zu erwarten ist.

Amerikas Klimapolitik zeigt mit dem Wiedereinstieg in das Pariser Klimaabkommen ein klares Bekenntnis und bekräftigt das im Wahlkampf angekündigte Null CO<sub>2</sub>-Emissionen Ziel bis 2050. Eine verstärkte Kooperation mit den europäischen Partnern in der NATO wird bei der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik scheinbar ebenso erwartbar wie eine Wiederbelebung des Iran-Abkommens. Beide Maßnahmen sind aus Sicht der Industrie zu begrüßen. Die USA sind der zentrale Player der Weltwirtschaft und national gesetzte Schwerpunkte von Joe Biden wie das US-Investitionsprogramm mit Fokus auf Clean Energy und Infrastruktur, bietet auch Chancen für die österreichische Industrie.

**Wirtschaftsbeziehungen USA und Österreich**

Die USA sind für Österreich die zweitwichtigste Exportnation und der viertgrößte Investor in Österreich. Von der Steiermark aus gingen 2019 Waren im Wert von 2, Milliarden Euro in

die USA. Heimische Betriebe schaffen in den USA rund 48.500 Arbeitsplätze. Rund 700 österreichische Unternehmen sind in den USA präsent – 200 von ihnen sind produzierend tätig. In Österreich sind 335 US-Unternehmen aktiv und US-amerikanische Investitionen si-

chern in Österreich 16.500 Arbeitsplätze. Aktuelle Herausforderung, allen voran die Zölle auf Stahl- und Aluminium, belasten die Wirtschaftsbeziehung der USA mit Europa. Derzeit wird auf eine Deeskalation gedrängt, die zum Ziel hat, Zölle wechselseitig zurückzunehmen.

**AKTUELLES IN KÜRZE****Impf-Priorisierung von Schlüsselkräften der Industrie realisiert**

Im November wurde seitens der Bundesregierung festgelegt, die Umsetzung der Impfstrategie den Ländern zu übertragen. Gleichzeitig wurde mit dem nationalen Impfplan die grobe Struktur dieser Umsetzung vorgegeben. Nach einigen Adaptierungen wurden letztlich drei Phasen definiert, nach denen die Priorisierung von Personengruppen zu erfolgen hat.

Für reisende Mitarbeiter mit dringendem beruflichem Grenzübergang wurde eine Kann-Bestimmung für Phase drei formuliert.

Die IV hat über mehrere Wochen den Dialog mit Land, Regierung und Verwaltung eng gehalten, um diese Priorisierung in der Steiermark sicherzustellen. Am 10. März ist es

schließlich gelungen, das Commitment der beiden Landeshauptmänner, reisende Mitarbeiter aus der steirischen Industrie jedenfalls zu Beginn der Phase 3 impfen zu wollen, in einem Brief an die Mitglieder der IV-Steiermark zu dokumentieren. Auf Grundlage dieses Briefes wurden letztlich Ende April 7.000 Impfungen für reisende Mitarbeiter

zugesagt, die am 10. und am 17. Mai durchgeführt wurden. Die konkrete Umsetzung und Abwicklung erfolgte in Zusammenarbeit zwischen Land Steiermark, Wirtschaftskammer Steiermark und IV-Steiermark. Es freut uns, dass wir mit diesem Schritt einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit unsere Mitarbeiter leisten konnten.